

PACS IN LUXEMBURG

# "Pervertiert und provinziell"



**Der Entwurf für ein Partnerschaftsgesetz der CSV/DP-Regierung ist alles andere als ein großer Wurf, sondern zielt an den Interessen der Betroffenen meilenweit vorbei.**

4. Gay mat an diesem Samstag, 11. Mai in Luxemburg (Place d'Armes) unter dem Motto "TrOUT iech!" Die VeranstalterInnen wollen dort auch auf das Gesetzesprojekt eingehen.

"Die haben auf etwas geschossen, auf das noch nicht zu schießen war." Anfang Februar hatte ein sichtlich verärgelter Premier Jean-Claude Juncker die Kritik der politischen Opposition und der Presse am Entwurf zum neuen Lebenspartnerschaftsgesetz auf einem Pressebriefing zurückgewiesen. Damals waren Auszüge aus dem Gesetzesvorhaben vorzeitig an die Öffentlichkeit gelangt. Junckers Vorwurf: Das geplante Gesetz würde unzulässigerweise attackiert, obwohl wichtige Teile - die sozialversicherungs- und steuerrechtlichen Ausführungen - noch gar nicht vorlägen. Seit Dienstag liegt nun der Entwurf "zu den Auswirkungen gewisser Partnerschaften" in seiner Gesamtheit vor - und es darf weiter "geschossen" werden.

"Der Text beweist die Provinzmentalität der Regierung", erklärte die grüne Parteisprecherin Viviane Loschetter auf einer Pressekonferenz am vergangenen Montag. In einer Pressemitteilung mit dem Titel "Le partenariat luxembourgeois: un PACS perversi" analysierten Déi Gréng, die sich seit Jahren für eine Entprivilegierung der Ehe, die Homoehe (siehe woxx Nr. 595) und für individualisierte Rechte stark machen, das Profil des geplanten PACS. Dieser richte sich mit seinen steuer- und sozialversicherungsrechtlichen Bestimmungen in erster Linie an ältere Paare, die aus einem berufstätigen, besserverdienenden Mann und einer erwerbslosen Frau bestehen und die nach einer gescheiterten Ehe einen zweiten Versuch machen wollen, ohne gleich heiraten zu wollen. Laut einer Studie des "Centre d'Etudes des Populations, de Pauvreté et de Politiques Socio-Economiques" (CEPS) von 1999 machen diese Paare aber lediglich 8,3 Prozent der unverheirateten Paare aus. Ihnen stehen 88,1 Prozent, in denen beide PartnerInnen berufstätig sind, gegenüber.

Der Entwurf sieht unter anderem eine Ausweitung der abgeleiteten Rechte auf nicht-ehe-liche Partnerschaften, die Senkung der Erbschaftsteuer von 15 auf fünf Prozent für so genannte "Partnerschaften" sowie einen steuerlichen Freibetrag in Höhe von 9.780 Euro pro Jahr für einen berufstätigen Partner vor, vorausgesetzt der oder die LebenspartnerIn geht keiner bezahlten Arbeit nach. Künftig können somit nicht-berufstätige PartnerInnen - drei Jahre nach Bestehen des "partenariats" - als Familienangehörige in der Renten- und der Krankenkasse mit-versichert werden.

"Das ist ein Schuss in die falsche Richtung", sagt die LSAP-Abgeordnete Lydie Err gegenüber der woxx. Auch sie übt Kritik an den geplanten Regelungen. "Eigentlich steuern wir längst auf die Individualisierung zu, aber die CSV macht mit jedem neuen Gesetzesprojekt einen Schritt in die alte Richtung." Dass die hiesige Regierung nicht vom katholisch-konservativen Familienverständnis lassen will, zeigt folgendes Zitat von Justizminister Luc Frieden aus einem "Wort"-Interview: "Die soziale Absicherung des nicht-berufstätigen Partners ist eines der Hauptziele des Projekts."

Das erklärt auch, warum die gegenseitige Unterhaltungspflicht im neuen Gesetz eine zentrale Rolle einnimmt - für Lydie Err ein weiterer Stein des Anstoßes: "Damit wird die Trennungslinie zwischen Ehe und Partnerschaft verwischt." Die LSAP-Abgeordnete, die 1995 einen Gesetzesentwurf für eine "union libre" vorgelegt hatte, plädiert für eine klare Gütertrennung bei nicht-ehelichen Lebenspartnerschaften- ähnlich wie im französischen PACS und im belgischen "contrat de vie commune". Schließlich, so Err, solle die "Lebenspartnerschaft" im Unterschied zur Ehe eine schnelle, unkomplizierte Trennung ohne weitere Verpflichtungen ermöglichen.

Garantiert ist das mit dem neuen Entwurf nicht: Zwar reicht eine schriftliche Erklärung aus, um die Verbindung wieder zu lösen, Artikel 12 räumt dem Gericht jedoch die Möglichkeit ein, im Bedarfsfall Alimente an den oder die verbleibenden ehemalige LebenspartnerIn anzuordnen.

## Minimalistisch und halbherzig

Auch das Statement der Schwulenorganisation "Rosa Lëtzebuerg" zum neuen Partnerschaftsgesetz fällt geharnischt aus - wenngleich aus anderen Gründen. Der Entwurf sei eine "absolut minimalistische Regelung der finanziellen und materiellen Seiten einer nicht-ehelichen Partnerschaft" und trage "nur äußerst halbherzig zu ei-

ner wirklichen 'Anerkennung' gleichgeschlechtlicher Paare bei", heißt es in einem Leserbrief an die Luxemburger Presse (siehe woxx Nr. 639).

Kritik übt die Organisation unter anderem daran, dass der Abschluss der im Gesetz vorgesehenen "Partnerschaftserklärung" vor einem Friedensrichter die beabsichtigte symbolische Wirkung einer standesamtlichen Trauung entbehrt und zudem keinerlei Auswirkung auf das zivilrechtliche Statut der beiden PartnerInnen haben wird.

Das CSV/DP-Projekt schweigt aber noch gegenüber anderen fundamentalen Fragen, wie dem Besuchs- und dem Zeugnisverweigerungsrecht, dem Namensrecht, beamten- und ausländerrechtlichen Fragen - und, wen wundert's? - gegenüber der Adoption.

Luc Frieden begründete die fehlende Regelung des Aufenthaltsstatuts damit, dass derzeit noch auf eine europäische Direktive gewartet werde. Wie vorgeschoben dieses Argument ist, zeigen jedoch Länder wie die Niederlande, Deutschland und Frankreich. Dort erhalten ausländische PartnerInnen bei Eintritt in die gesetzliche "Lebenspartnerschaft" automatisch (zum Teil nach einer Frist) eine Aufenthalts- und eine Arbeitsberechtigung.

## Konservativer Knick in der Optik

Als "amibitiös" bezeichnete dennoch Jean-Claude Juncker im "Jeudi" vom 2. Mai den Minimalentwurf und will, auch wenn der Text nicht in allen Punkten Satisfaktion bringe, einen Vergleich mit dem Ausland nicht scheuen. Unerwähnt bleibt allerdings die Tatsache, dass homosexuelle Paare in Deutschland immerhin ein kleines Sorgerecht haben und in den Niederlanden sogar adoptieren dürfen.

Vielleicht bezieht der Staatsminister sich ja ausdrücklich auf den steuerrechtlichen Teil. Dieser fällt im Vergleich zu Belgien oder Deutschland finanziell betrachtet gar nicht so schlecht aus. Eine gemeinsame steuerliche Veranlagung von gleichgeschlechtlichen LebenspartnerInnen ist dort bislang gescheitert - wegen der Blockadehaltung der Christlichkonservativen und der Liberalen. Anders ist es aber in Dänemark, Niederlande oder Norwegen: Dort genießen homosexuelle Lebenspartnerschaften - ganz im Sinne des Artikels 21 der Grundrechtecharta der EU vom 7. Dezember 2000, die ausdrücklich "jede Diskriminierung aufgrund des Geschlechts ... oder der sexuellen Orientierung" verbietet - auch steuerlich die gleichen Rechte wie heterosexuelle Ehepaare. Viviane Loschetter präsentierte ihrerseits eine Erklärung für die eklatanten Lücken im Regierungsprojekt: Die Gründe dafür, dass im Entwurf die Bedürfnisse der heutigen Gesellschaft nicht thematisiert würden, lägen, so die Grünen, vor allem an den Redetabus der "konservativen und intoleranten Partei CSV", die es nicht fertig brächte, über Sexualität im Allgemeinen und gleichgeschlechtliche Liebe im Besonderen zu sprechen.

Ines Kurschat

## Bl: noch geballter!

Die Bautenministerin Erna Hennicot-Schoepges hat es auf den Punkt gebracht: Bürgerinitiativen definierte sie Ende April auf dem CSV-Kongress als "geballte Energie mit nutzlosen Beschäftigungen". So sah das die Bl der Gemeinde Kehlen auf ihrer Generalversammlung Anfang der Woche nicht: Unermüdlich pilgerte sie im vergangenen Jahr zu den Parteien und in die Ministerien, um auf die Folgen der West-Tangente auf Natur und Bevölkerung ihrer Gemeinde aufmerksam zu machen. Aber eben nicht nur ihrer Gemeinde: Die West-Tangente ist nämlich bloß Teil eines Verkehrsnetzes, das den Südwesten des Landes in Zukunft direkt via Dippach und Mamer mit dem Norden verbinden soll. Dass es hier um weit mehr geht als kleine "Umgehungsstraßen" und "By-Pass", darüber waren sich die anwesenden Bl der betroffenen Gemeinden einig; aus Mamer, Sanem, Clemency und Mondercange waren sie nach Keispelt gekommen. Die Bautenministerin hat für Basisdemokratie vielleicht nichts übrig, aber für die betroffenen Bl ist es beschlossene Sache: Sie werden in Zukunft gemeinsam handeln. Und von wegen Nimbys - eine Forderung wurde in Keispelt besonders laut, die eines tragfähigen öffentlichen Verkehrs.

## Pétition contre la cité judiciaire sur le "Saint-Esprit"

Depuis plus de 12 mois les responsables du comité des "Frënn vun der Festungs-Geschicht Lëtzebuerg" mènent un combat assidu dans le but de préserver le manège prussien ainsi que les restes des fortifications au plateau du Saint-Esprit menacés par le projet de construction d'une cité judiciaire. Malgré les avis défavorables de la part des experts de l'Icomos (qui ont oeuvré pour le compte de l'Unesco), malgré les interventions auprès des partis politiques et des responsables des ministères de la justice, des travaux publics, de la culture, malgré les entrevues avec la ministre concernée, malgré l'intervention auprès des commissions à la Chambre des Député-e-s, malgré les résultats d'un sondage Ilres plaçant entre autres pour la sauvegarde du site du Saint-Esprit et pour un changement de site pour la Cité judiciaire, malgré le résultat d'une étude démontrant clairement que le site de la Rocade de Bonnevoie proposé par la Ville de Luxembourg est plus avantageux, le Gouvernement n'entend cependant nullement changer son intention de construire une cité judiciaire sur ledit plateau. C'est pourquoi les "Frënn" lancent une pétition (que vous trouvez sur notre site [www.woxx.lu](http://www.woxx.lu)) qui s'oppose à "la destruction d'un site unique (...) voulue par la Ministre des Travaux publics Hennicot-Schoepges et soutenue par la Ministre de la Culture Hennicot-Schoepges".

## Wohnungen für den 700.000er Staat ...

Wie zu erwarten, legte der Premierminister erneut einen Schwerpunkt seiner Rede zur Lage der Nation auf den zu erwartenden Bevölkerungszuwachs im Ländchen. Er konkretisierte dabei vor allem die geplanten Vorhaben der Regierung in Sachen Wohnungsbaupolitik. Die Regierung setzt auch weiterhin auf Privatbesitz und Privatinitiative und sieht den Handlungsbedarf eher im Steuerrecht denn im Schaffen von öffentlichem Mietwohnraum. Immerhin scheint die Geduld Junckers, was die Handlungsbereitschaft der Privatpromoteure anbelangt, recht gedämpft. Zum einen versichert der Premier ihnen, dass die jetzt angekündigten Maßnahmen rückwirkend auch für bereits laufende Projekte gelten sollen. Er will so der Gefahr eines Stillstands im Bauwesen entgegen wirken. Zum anderen droht aber auch mit gesetzlichen Regelungen, sollte es weiterhin in Wohngebieten zur Umwandlung von Wohn- in rentableren Büroraum kommen. Juncker gestand auch indirekt ein Scheitern der bisherigen Wohnungspolitik ein, die vor allem auf eine finanzielle Unterstützung der angehenden HausbesitzerInnen abzielte. Eine Lösung liege vielmehr im Bereich des Angebotes: Mehr Bauplätze und Wohnraum müssten auf den Markt. Das knappe Angebot könne nur verbessert werden, wenn Staat und Gemeinden gemeinsam eine effizientere Nutzung der bestehenden Flächen durchsetzen.